

„Wird die Schweiz an die EU verraten?“

Von a. Bundesrat Christoph Blocher

**Rede vom 4. September 2010, gehalten auf Einladung der
SVP des Kantons Zürich im Hotel Marriott, Zürich**

Es gilt sowohl das mündliche wie das schriftliche Wort. Der Redner
behält sich vor, auch stark vom Manuskript abzuweichen!

Inhalt

- I. Dankbarkeit als Strategie?
- II. Bilateraler Weg als Strategie?
- III. Arbeitsgruppe als Strategie?
- IV. Etwas ist faul im Staate Schweiz
- V. Der Zustand der EU im Vergleich zur Schweiz
- VI. EU-Diskussion: warum gerade jetzt?
- VII. Längst schon ist es da gewesen
- VIII. Der berühmte Druck von aussen
- IX. Souveränitätspreisgabe als "neue Souveränität"
- X. Amtseid der Bundesräte
- XI. Das Ziel ist das Ziel
- XII. Ziel der schweizerischen Aussenpolitik
- XIII. Der Weg der Schweiz
- XIV. Die Wahlen müssen entscheiden

Meine Damen und Herren,

"Wird die Schweiz an die EU verraten? So der Titel des heutigen Vortrages. Werfen wir zunächst einen Blick auf die bundesrätliche Europapolitik:

I. Dankbarkeit als Strategie?

Es ist Donnerstag, der 19. August 2010: Der Bundesrat lädt zur Medienkonferenz. Es herrscht eine gespannte Atmosphäre, denn der Bundesrat will das Ergebnis **seiner Klausur über die Europapolitik** bekannt geben. Noch gespannter ist die Öffentlichkeit, geht es doch um die entscheidende Frage: Wie hältst Du es – Bundesrat – mit unserem **Heimatland?**

Doch zunächst wird etwas ungeheuer Bedeutsames abgehandelt, nämlich die **Schweizer Vertretung** am Umweltgipfel in Cancun nach dem Rücktritt von Moritz Leuenberger. Als ob dies für das Wohl der Schweiz bedeutsam wäre.

Doch zu diesem Gipfel-Traktandum wird Beruhigendes verlesen: „Herr Bundesrat Leuenberger hat gestern beim Bundesrat deponiert, dass er zur Verfügung steht, falls es notwendig wäre, falls es Terminprobleme bei seiner Nachfolgerin oder seinem Nachfolger gäbe.“¹ – Dankbar nehmen wir es zur Kenntnis.

Überhaupt ist die Frau Bundespräsidentin namens des Bundesrates dankbar:

- Der Bundesrat ist **dankbar** für die neu entfachte **Europadebatte**.
- Der Bundesrat ist **dankbar** der **Präsidentin der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz**, die mit ihrem Vorstoss Anlass für die bundesrätliche Klausur gegeben habe.
- Der Bundesrat ist **dankbar** für die **europapolitischen Studien** des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse.
- Der Bundesrat ist **dankbar** für die „**seriösen Papiere**“ der Konferenz der Kantone.

¹ Medienkonferenz des Bundesrates, 19.8.2009.

- Der Bundesrat ist **dankbar** für die Meinungsäusserung von **Avenir Suisse**, „begleitet von vielen **Expertenmeinungen**“.
- Das alles sei dem Bundesrat eine „wertvolle Unterstützung“.

Nur an einem Ort ist der Bundesrat **nicht dankbar**, nämlich **für den Entscheid des Schweizer Volkes**, das durch sein Nein zum EWR – damals 1992 – die Schweiz vor dem EU-Beitritt bewahrt hat. Dabei verdankt unser Land genau diesem Entscheid seine soviel bessere und freiheitlichere Situationen.

II. Bilateraler Weg als Strategie?

Dann endlich kommt die Bundespräsidentin auf die Europapolitik zu sprechen. Wörtlich sagt sie über die beendete Europa-Klausur: „**Der Bundesrat (...) ist zum Schluss gekommen, dass die Fortführung des bilateralen Weges nach wie vor genügend Spielraum lässt, um die Interessen der Schweiz zu wahren. Er ist nach wie vor das am besten geeignete Instrument, um unser Land bestens im europäischen Raum zu verankern.**“²

Wenige Minuten später sagt die neben der Bundespräsidentin sitzende Aussenministerin Micheline Calmy-Rey wörtlich: „**Kurzfristig, meine Damen und Herren, ist eine Anpassung des bilateralen Weges unumgänglich, denn die Weiterführung des bilateralen Weges gemäss den bisher geltenden Modalitäten ist nicht denkbar.**“³

Der Widerspruch erschreckt sogar einen Journalisten, der offenbar trotz der (für Journalisten) frühen Morgenstunde gut zugehört hat, und er fragt höflich, fast etwas schüchtern Frau Bundespräsidentin Leuthard: „Ich habe ein Verständnisproblem. Einerseits sagen Sie, der Bundesrat ist der Überzeugung, dass der bilaterale Weg aussenpolitisch gangbar ist, andererseits hat jetzt Frau Calmy-Rey gesagt, dass kurzfristig eine Anpassung des bilateralen Weges unumgänglich sei und spricht dann vom Rahmenabkommen bzw. vom EWR-Beitritt. Wie bringe ich das auf einen gemeinsamen Nenner?“

Sofort will Frau Calmy-Rey antworten, doch die Bundespräsidentin unterbricht sie mit folgenden Worten: „**EWR und Rahmenabkommen, das sind Worte, die immer wieder gebraucht werden, wo wir feststellen,**

² Bundespräsidentin Doris Leuthard an der Medienkonferenz des Bundesrates, 19.8.2010.

³ Bundesrätin Micheline Calmy-Rey an der Medienkonferenz des Bundesrates, 19.8.2010.

weder Sie noch wir wissen, was ein Rahmenabkommen materiell denn sein soll. (...) Wir haben auch gelesen EWR light, ja ich lese es, ich weiss nicht, was das dann sein soll, das sind Begriffe (...), die der Bundesrat nicht benützt, bewusst nicht benützt.“

Dummerweise hat Frau Calmy-Rey zuvor gesagt: „Um die Schwierigkeiten zu überwinden, müssen wir auf die eine oder auf die andere Weise – sei es Rahmenabkommen, EWR-Regeln und Verfahren festlegen, die es ermöglichen, die Homogenität des anwendbaren Rechts sicherzustellen.“

Der Journalist versteht – verständlicherweise – immer weniger und fragt nach, wie es seine Pflicht ist. Doch er wird abgekanzelt, er habe jetzt lange genug gefragt, es sei Zeit, andere zu berücksichtigen.

Der als Nächster Aufgerufene beginnt ebenfalls höflich und zögernd: „Tut mir leid, dass ich eine ähnliche Frage stelle, um das zu begreifen.“ „Ist der EWR-Beitritt nun eingeschlossen oder nicht?“

Jetzt antworteten die Damen Leuthard und Calmy-Rey in orchestriertem Durcheinander: „Ja, das ist möglich“ – „deshalb sagen wir, es ist offen“ – „wir wissen eben nicht, es ist offen“ – „wir haben gesagt, das sind die roten Linien“. Worauf auch dieser Journalist noch einmal beharrt: „Also inklusive formaler EWR-Beitritt?“ Nun beginnt Frau Calmy-Rey: „Hören Sie mal...“, sie wird aber unterbrochen durch Frau Leuthards Worte: „Nein, mit dem Dienstleistungsbereich, dies hat der Bundesrat ja schon gesagt, der Dienstleistungsbereich ist für uns nicht denkbar.“ Die Journalisten lachen.

Frau Leuthard fährt weiter: „Ich weiss nicht, was so lustig ist daran, aber das ist so, das ist schon ein Beschluss des Bundesrates.“

III. Arbeitsgruppe als Strategie?

Frau Leuthard hat recht: Bei aller Lustigkeit ist das ganze eigentlich gar nicht so lustig. Jetzt kommt ein weiteres Mal aus:

Weder das Ziel der bundesrätlichen EU-Strategie noch der Weg zu diesem Ziel ist dem Bundesrat bekannt. Oder darf und will er es nicht offen legen? Was gilt?

Die Pressekonferenz brachte kein Ergebnis. Auch wenn am Tage darauf alle Zeitungen vom „Blick“ bis zur „NZZ“ schön brav abdrucken:

"Bundesrat setzt im Verhältnis zur EU auf Kontinuität und führt den bilateralen Weg fort." – so wie es in der Pressemitteilung steht.

Doch was heisst das?

- Ist der **EU-Beitritt** das „**strategisches Ziel**“, wie es der Bundesrat bereits 1992 formuliert und durch die Einreichung eines **Beitritts-gesuches, welches immer noch in Brüssel deponiert ist**, untermauert hat?
- Oder handelt es sich um ein „**in Arbeit befindliches Projekt**“, wie der damalige Bundesrat Joseph Deiss im Jahr **2000** erklärte?⁴
- Oder ist der **EU-Beitritt** eine „**Vision**“, wie es die FDP formulier-te⁵.
- Oder ist der **EU-Beitritt** eine **politische Forderung** gemäss den Parteiprogrammen von FDP, CVP, SP und Grünen?
- Oder ist der Beitritt offiziell kein strategisches Ziel mehr, sondern eine „**längerfristige Option**“, wie es während meiner Amtszeit im Bundesrat **2005** beschlossen wurde?
- Oder ist der EU-Beitritt „**nach wie vor eine Option für die Schweiz**“, wie es im Aussenpolitischen Bericht 2009 heisst?

Wir wissen es nicht. Und der Bundesrat weiss es offensichtlich auch nicht. Doch wie handelt die Politik, wenn sie etwas nicht weiss? Sie handelt gemäss dem Volksmund:

**Wer gar nicht mehr weiter weiss,
gründet einen Arbeitskreis.**

oder

**Ist Dir alles völlig schnuppe,
gründe eine Arbeitsgruppe!**

Darum setzt der Bundesrat **eine Arbeitsgruppe aus der Verwaltung ein, um „mit der EU Lösungsansätze für institutionelle Fragen auszuarbeiten“**.⁶

^{3a} Medienmitteilung des Bundesrates, 19.08.2010

⁴ Bundesrat Joseph Deiss in der Aula der Universität Zürich, 29.5.2000, in: „Neue Zürcher Zeitung“, 30.5.2010.

⁵ „Vision 2007“ der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz.

IV. Etwas ist faul im Staate Schweiz.⁷

Was geht da eigentlich vor im Staate Schweiz? Zuständig für die strategischen Ziele kann doch nicht eine Arbeitsgruppe aus der Bundesverwaltung sein! Schon gar nicht eine politische Arbeitsgruppe aus Vertretern aus der Schweiz **und** der EU. Soll nun die EU künftig festsetzen, was die schweizerische Strategie gegenüber der EU sein soll. Starker Tobak!

Zuständig für die strategischen Ziele ist die Regierung, welche an Schweizer Gesetze und an die schweizerische Bundesverfassung gebunden ist, und nicht irgendwelche Beamte. Was ist das für eine Regierung, die ihr Kerngeschäft an ihre untergebenen Beamten delegiert?

Dabei wissen wir doch, dass die Verwaltung geradezu nach dem EU-Beitritt lechzt und Tag und Nacht am EU-Beitritt arbeitet. (Nein, Entschuldigung, ich darf nicht sagen nachts, sonst werden Überstunden aufgeschrieben!).

Doch an einem Ort spricht der Bundesrat Klartext, nämlich bei der Frage des EU-Beitrittsbuches, das seit 18 Jahren in Brüssel liegt. Ein Journalist stellte nämlich am 19. August 2010 auch die Frage, ob im Bundesrat auch der Rückzug dieses Schweizer EU-Beitrittsbuches ein Thema gewesen sei. Nein, sagte die Bundespräsidentin, das Beitrittsbuch sei „im Frigo und es bleibt dort“. Im Klartext: **Der Bundesrat hat ein Beitrittsbuch in Brüssel deponiert und will es nicht zurückziehen. Selbst dieser bescheidene Tatbeweis, dass die Schweiz unabhängig sein will, wird nicht erbracht.**

Wie will man gegenüber der EU die Selbständigkeit unseres Landes glaubwürdig vertreten, mit diesem bald zwanzigjährigen Beitrittsbuch?

Wie will man die EU glauben machen, die bilateralen Verträge seien **eine Alternative** zum EU-Beitritt?

Das schleckt keine Geiss weg: All dies schwächt die Schweizer Verhandlungsposition bei den Abkommen. Mit seiner Doppelzüngigkeit

⁶ Bundesrat setzt im Verhältnis zur EU auf Kontinuität und führt den bilateralen Weg fort, Medienmitteilung des Bundesrates, 19.8.2010.

⁷ „Something is rotten in the state of Denmark“ – „Etwas ist faul im Staate Dänemark“. „Hamlet“ von William Shakespeare (1564-1616).

fördert der Bundesrat die Spaltung des Landes. **Der EU gegenüber tut man so, als wolle man beitreten, dem Souverän gegenüber erklärt man das Gegenteil.**

Die Mehrheit der Bevölkerung fühlt sich durch die Politik von Bundesrat und Parlamentsmehrheit nicht mehr vertreten.

Und wie soll die EU verstehen, warum wir bei Verträgen hartnäckig um Details feilschen, wenn die Regierung ja nächstens beitreten möchte?

Da verstehe ich auch die EU-Funktionäre, wenn sie nicht mehr drauskommen und wenig Verständnis für unser zähes Verhandeln aufbringen.

Warum zieht denn der Bundesrat nicht endlich dieses Beitritts-gesuch zurück?

Aus einem einzigen Grund: **Weil der Bundesrat – ohne es dem Schweizer Volk zu sagen – in die EU drängt.**

Höre nicht, was sie sagen, sondern merke, was sie denken und schaue, was sie tun – bzw. nicht tun!

Jetzt redet man also neuerdings von einer Arbeitsgruppe aus Vertretern der Verwaltung, die sich bis Ende Jahr mit Lösungen für „**institutionelle Fragen**“ beschäftigen soll.

Was heisst institutionelle Lösung im Klartext?

Man will eine neue Institution. Unsere verfassungsmässigen Institutionen sind Regierung, Parlament, Souverän. Also will man eine Institution aus Verwaltungsbeamten, die ohne Parlament – und sicher ohne Volk – still und unbeachtet EU-Recht übernehmen.

Das heisst ganz einfach: **Der Bundesrat will künftig EU-Recht ohne Volksentscheide übernehmen.** Daran ist natürlich auch die EU sehr interessiert.

Fast zwanzig Jahre nach dem EWR-Nein des Souveräns steht der Bundesrat gegenüber der EU noch immer gelähmt wie das **Kaninchen** vor der **Schlange**! Dabei ist die Schweiz ein agiles, gutgenährtes und **gesundes Kaninchen**. Vielmehr ist die **Schlange EU krank**! Sie hat mittlerweile 25 Staaten in sich aufgenommen. Und scheint sich dabei so übernommen zu haben, dass ihr Gesundheitszustand ernstlich darunter leidet. Vielleicht muss sie einiges wieder ausspucken.

V. Der Zustand der EU im Vergleich zur Schweiz

Beurteilen wir doch einmal den Zustand dieser EU und den der Schweiz. Meine Damen und Herren, ich darf es Ihnen heute durchaus eingestehen: Die Beurteilung dieser EU fällt mir heute wesentlich leichter als noch vor 18 Jahren im Vorfeld der EWR-Abstimmung. **Als ich 1992 den Kampf gegen den EWR-Beitritt führte, hatte ich manche schwere Stunde und manche schlaflose Nacht.** Wie kommt es, fragte ich mich damals, dass die gesamte offizielle Schweiz, die vereinigte Classe politique, praktisch alle Parteien, die Wirtschaftsverbände, die Gewerkschaften, sämtliche Medien (ausser der „Schweizerzeit“, der „Finanz- und Wirtschaft“ und der „Schaffhauser Nachrichten“), die ganze wissenschaftliche und kulturelle Elite unbedingt die Schweiz in diesen EWR drängen will? Vielleicht, so dachte ich oft, liegen doch sie richtig, und ich habe mit meiner Einschätzung der Zukunft Unrecht. Vielleicht – so dachte ich weiter – funktioniert ja das alles, von dem ich glaubte, es sei eine intellektuelle Fehlkonstruktion? Und wenn sie dann alle recht bekämen, wenn sie sagten, dass die Schweiz ausserhalb der EU verloren sei? Das war alles vor 18 Jahren. Solche Zweifel und Verunsicherungen wurden genährt, weil die EWR-Befürworter damals nur das Düsterste prophezeiten: **Alles, was Rang und Namen hatte, sagte voraus, dass unser Land jede Konkurrenzfähigkeit verlieren würde, wenn die Schweiz nicht beitrete:** Es drohten – so sagten sie – Inflation, höheres Zinsniveau, Arbeitslosigkeit, Investitionsrückgänge, Exporteinkommen bei einem Nichtbeitritt.

- **Ein Inserat des Verbandes der Schweizer Maschinenindustrie zeigte mich in einer Karikatur als Rattenfänger, der alle seine Anhänger in die Katastrophe des absoluten Abgrundes führt. Bezeichnend für den damaligen elitären Zeitgeist war, dass der Souverän, dass unsere Bürgerinnen und Bürger, als geistlose Ratten karikiert wurden.**
- **Als ich in der Westschweiz eine EWR-kritische Rede hielt, titelten Plakate: „Le diable arrive à Fribourg“⁸ – „Der Teufel kommt nach Freiburg“.** Wer den Kampf für die Unabhängigkeit der Schweiz führte, wurde also als Leibhaftiger bezeichnet, der die Schweiz in der Hölle schmoren lasse.

⁸ „Die Weltwoche“, 9.10.2003.

- Meine Kollegin, die freisinnige Nationalrätin Vreni Spoerry, meinte damals im Parlament: „**Ich halte ein Nein zum EWR-Vertrag für ein schwergewichtiges Risiko für unsere gesamte Volkswirtschaft.**“⁹
- Unser EWR-Unterhändler, Botschafter Franz Blankart, sagte 1992: „Nach fünf Jahren Alleingang würden wir aus wirtschaftlichen Gründen **die EU auf den Knien bitten, uns um jeden Preis als Mitglied aufzunehmen.**“¹⁰
- Ein von mir geschätzter Ökonom, Professor Silvio Borner, erklärte: „Ich glaube, dass eine Ablehnung des EWR-Vertrags eine **langwierige und grundlegende Krise unseres politischen Systems auslösen wird.**“¹¹
- Und der Luzerner Verkehrsdirektor Kurt Illi verkündete kurz und bündig: „**Ohne EWR kann die Schweiz nicht überleben.**“¹²

Das sind nur einige wenige Stimmen aus den Tausenden von Stellungnahmen, Expertisen, Inseraten und Parolen jener bewegten Zeit.

Heute, 18 Jahre später, zeigt sich: Es gibt auch falsche Propheten. (In diesem Falle zum Glück). Nicht ich war der Rattenfänger, sondern die falschen Propheten waren es.

Heute sieht jeder: Im Vergleich zu den EU- Mitgliedstaaten geht es der Schweiz ausserhalb von EWR und EU besser als den EU-Staaten.

Die EU ist in einer tiefen Krise. Sie muss einzelne Mitgliedsstaaten mit 750 Milliarden vor dem **Bankrott** bewahren. Sie verspricht Milliarden, die aber niemand besitzt. **Der Euro verliert** massiv an Vertrauen und liegt erstmals unter 1.30 Franken. Wo man hinblickt, herrscht nichts als **Ratlosigkeit** über das weitere Geschehen dieses aufgeblähten multinationalen Systems.

Seit Monaten **strömen Euros** auf Schweizerbanken – nicht etwa wegen des Bankkundengeheimnisses. Sondern **weil das Vertrauen in den Euro genau so schwindet wie der Wert dieser Währung.** Viele Europäer kaufen Schweizer Franken. **Der verspottete Sonderfall wird plötzlich als Vorbild beneidet.**

Meine Damen und Herren, was sich jetzt in der EU zeigt, ist nicht einfach eine alltägliche Krise. Es zeigt sich nun drastisch, was wir seit 20 Jahren mit aller Deutlichkeit klar zu machen versuchten: **Die EU ist eine**

⁹ Vreni Spoerry (FDP, Zürich) im Nationalrat, 26.8.1992.

¹⁰ Franz Blankart, in: „Die Weltwoche“, 26.11.1992.

¹¹ Prof. Dr. Silvio Borner, in: „Cash“, 27.11.1992.

¹² Kurt Illi, in: „Cash“, 27.11.1992.

intellektuelle Fehlkonstruktion. Diese EU wird so scheitern. Nicht Europa, nein, aber die EU.

Der grosse Basler Kulturhistoriker **Jacob Burckhardt** hat das alles schon im 19. Jahrhundert vorausgesehen und vor einer Zwangseinheit Europas gewarnt: „**Retter Europas ist vor allem, wer es vor der Gefahr der politisch-religiös-sozialen Zwangseinheit und Zwangsnivellierung rettet, die seine spezifische Eigenschaft, nämlich den vielartigen Reichtum seines Geistes bedroht.**“¹³

Das Experiment, verschiedenste volkswirtschaftliche Mentalitäten und Kulturen unter ein einheitliches, gleichmacherisches Recht und eine gleiche Währung zu zwingen, kann nicht erfolgreich sein.

Das zeigt sich auch im Praktischen:

So werden zwar **in Brüssel einheitliche EU-Paragrafen geschrieben**. In **Frankreich** werden sie **gelesen**. In **Griechenland** wurden sie **belacht**. In **Deutschland** werden sie **bezahlt**. **Und wenn die Schweiz EU-Mitglied wäre, würde sie diese Paragrafen wohl schon vor Inkraftsetzung befolgen, doppelt bezahlen und sich dafür noch dreimal entschuldigen.**

Doch leider sind die Folgen des Wirkens der EU-Bürokraten nicht so lustig. Die Schadensbilanz für die europäischen Menschen ist enorm. Plötzlich kommen sie zur Erkenntnis, dass die EU-Konstellation zwar für die Politiker, für die Classe politique, gewinnbringend ist, nicht aber für die Bürger.

Die Kriterien der Euro-Länder betreffend Verschuldungsgrad und Defizite – das sind die Grundbedingungen einer einheitlichen Währung – stehen im luftleeren Raum: Von 16 Euroländern gehört die Mehrheit von 11 Staaten zu den Sündern, die diese Bedingungen nicht mehr erfüllen! Auch die so genannt Starken und Grossen wie Deutschland und Frankreich nicht. Einschreiten kann dagegen niemand.

Seit Jahren ist der Euro für die einen Länder zu stark und für die andern zu schwach. Das hat zu gewaltigen Fehlentwicklungen geführt. **Kein Staat konnte durch eine eigene Notenbank und eine eigene Währung korrigierend eingreifen**. Beides musste abgeschafft werden. Ein Ausstieg aus dem Euro – die einzige Möglichkeit bankrotter Staaten zur Gesundung – ist in der EU nicht vorgesehen. Es zeigt sich die alte

¹³ Jacob Burckhardt, Gesamtausgabe, Weltgeschichtliche Betrachtungen – Historische Fragmente aus dem Nachlass, Bd. 7, hrsg. von Albert Oeri und Emil Dürr, Basel 1929, S. 370.

Weisheit: **Politische Währungen ohne wirtschaftlich solides Fundament waren in der Geschichte noch nie über längere Zeit erfolgreich.**¹⁴

VI. EU-Diskussion: warum gerade jetzt?

Obwohl das Scheitern des EU-Konstrukts offensichtlich ist, wurde diesen Sommer die EU-Beitrittsdiskussion wieder angefacht. Mitte Juli forderte **Avenir Suisse** einen EU- oder zumindest EWR-Beitritt. Avenir Suisse nennt sich selber eine liberale Denkfabrik, die marktwirtschaftlichen Lösungen zum Durchbruch verhelfen will. Und ausgerechnet diese angeblich liberale Denkfabrik will die Schweiz in die gescheiterte EU zwingen. Zwölf Autoren schrieben zusammen ein 332-seitiges Buch; **keiner der Autoren, die sich im Hauptteil mit der Frage nach der schweizerischen Souveränität befassen, vertritt eine EU-kritische Sicht**, denn kritische Geister könnten diese selbsternannten Denker verunsichern.¹⁵ Wo aber bleibt das freiheitliche Denken und Handeln?

Das ebenso simple wie verfehlte **Fazit des Buches**, das begreiflicherweise von EU-begeisterten Medien begierig aufgegriffen wurde, ist ebenso stupid wie die **offiziellen Werbesprüche in der damaligen EWR-Abstimmung: "Beitreten, um nicht beitreten zu müssen."** Und jetzt sagt also Avenir Suisse: **Um ihre Souveränität zu wahren, müsse die Schweiz dem EWR oder schliesslich der EU beitreten, ihre Souveränität opfern, um souverän zu sein!**

Das kann ja nicht erstaunen: Drahtzieher und Herausgeber dieser EU-Propagandaschrift waren der pensionierte Philosophieprofessor Georg Kohler und seine Doktorandin Katja Gentinetta, die zuvor bei der Aargauer Kantonsverwaltung gearbeitet hat und jetzt als Vizedirektorin bei Avenir Suisse amtiert.¹⁶

Isolation sei kein Weg, erklärten die beiden Theoretiker an der Medienkonferenz.¹⁷ Die beiden haben Recht:

Erstens ist Isolation kein Weg, sondern ein Zustand. Zweitens, wer ist hier isoliert? Sicher nicht die Schweiz. **Alle wollen zu uns, auf diese**

¹⁴ Christoph Blocher: Die Unabhängigkeit der Schweiz und die Fehlkonstruktion der EU. Rede vor der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Delémont, 26.6.2010.

¹⁵ Katja Gentinetta und Georg Kohler (Hrsg.): Souveränität im Härtestest, Selbstbestimmung unter neuen Vorzeichen, Zürich 2010.

¹⁶ Dauerrednerin für das „Prinzip Frau“, in: „Die Weltwoche“, 22.7.2010.

¹⁷ Spielraum für die Schweiz dank EWR- oder EU-Beitritt, NZZ online, 15.7.2010.

angeblich so isolierte, abgeschottete Insel: Die Armen, die hier ein besseres Leben führen können, die Reichen, die sich nicht alles nehmen lassen wollen, die Arbeitssuchenden, weil sie hier eine besser bezahlte und sichere Stelle finden, all die Personenfreizügler, die osteuropäischen Damen am Zürcher Sihlquai, die Flüchtlinge, die Asylbewerber – und wenn ich mich so umsehe, finden selbst zahlreiche Menschen aus dem fernen Afrika diese abgeschottete, isolierte Schweiz völlig problemlos!

Nur Leute, die sich gerne in der bürokratischen Betriebsamkeit bewegen, sind isoliert. Isoliert vom realen Leben in der Schweiz und der Welt! Isoliert wie die Brüsseler Bürokratie, wo sie hin möchten.

Wenn nun aber neuerdings ein angeblich liberaler, wirtschaftsnaher Think Thank wie Avenir Suisse auf die Mitarbeit liberaler, wirtschaftsnaher Autoren verzichtet, ist Wachsamkeit angesagt. Diese intellektuellen Schöngelster an ihren Schreibtischen haben offensichtlich nicht gehört, dass **die Schweiz in fast allen aktuellen Weltranglisten Spitzenplätze** einnimmt – punkto **Wohlstand, Wirtschaftsleistung, Steuerbelastung, soziale Wohlfahrt, Sicherheit, Zufriedenheit und Glücksgefühl?** In welchem Zustand befindet sich dagegen die EU?

Zum Glück haben aber die meisten Wirtschaftsverbände seit der EWR-Abstimmung europapolitisch umgeschwenkt. Sie wollen heute vom EWR- wie vom EU-Beitritt nichts mehr wissen. Der **Wirtschaftsdachverband Economiesuisse** hat erst Mitte Mai 2010 eine Studie zur schweizerischen Europapolitik verfasst.¹⁸ Und kam dabei zum Schluss, dass **der Abschluss bilateraler, sektoraler Abkommen mit der EU vorteilhafter sei als jede andere Option.**

Da kann man nur hoffen, dass der neue Chef von Avenir Suisse wieder geistige Ordnung schafft. Gerhard Schwarz, ehemals Wirtschaftschef bei der „NZZ“, hat immerhin bereits eingeschränkt, diese EU-Beitrittspropaganda „decke ein breites Meinungsspektrum ab und vermittele Denkanstösse, nicht endgültige und absolute Antworten“.¹⁹ **Sollte sich aber die von der Wirtschaft bezahlte Avenir Suisse zum verlängerten Arm, statt zum Gegengewicht von Regierung und Bundesverwaltung entwickeln, wäre die Gründung einer neuen, wirklich liberalen, wirklich marktwirtschaftlichen Denkfabrik ange-**

¹⁸ Schweiz-EU, Bilateralismus im gegenseitigen Interesse, Studie der Economiesuisse, Mai 2010.

¹⁹ NZZ online, 16.7.2010.

zeigt. Ich wäre jedenfalls dabei – und wie mir viele Briefe zeigen – auch noch einige andere Personen.

„Die Europa-Debatte verschieben“ – titelte alt SP-Nationalrat Rudolf Strahm im „Tages-Anzeiger“. Die Forderung nach einem EU-Beitritt wirke „verunsichernd und kontraproduktiv“. Strahm riet dringend, „in diesem und nächsten Jahr die EU-/EWR-Debatte aus Klugheit nicht hochzufahren“. Parteien und Verbände, die für eine Öffnung sind, sollen laut Strahm im Wahljahr 2011 der SVP keine Wahlkampfmunition auf dem Servierteller anbieten.²⁰ **Jetzt kennen wir wenigstens die Strategie unserer Gegner: Zeit gewinnen, im Verborgenen arbeiten, die Wähler umgehen und lieber der SVP schaden als der Schweiz nützen.**

Den Sommer nutzte die **offizielle EU** auch, um den Druck auf die Schweiz zu verstärken. Der Besuch unserer Bundespräsidentin in Brüssel bot die willkommene Gelegenheit, gegenüber dem Kleinstaat die Muskeln spielen zu lassen. **EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy und Kommissionschef José Manuel Barroso drückten die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe durch. Sie diktierten unmissverständlich, die Schweiz müsse künftig beim Abschluss von Abkommen das EU-Recht übernehmen und auch die künftigen Veränderungen nachvollziehen. Und ganz nebenbei erfuhr man, dass Brüssel von der Schweiz weitere Hilfsmilliarden für arme Beitrittsländer erwartet.**²¹

Klar wurde zudem, dass ein EU-Beitritt das Ende des Frankens bedeuten würde – der EU-Botschafter liess uns nämlich wissen, dass eine eigene Währung für Neumitglieder laut dem Lissaboner Vertrag nicht vorgesehen sei.²²

Selbstverständlich liess sich die offizielle Schweiz von solchen Drohgebärden der EU einschüchtern und jammerte über den wachsenden Druck und das Ende des Bilateralismus.

Doch die Schweizer Bevölkerung will jetzt erst recht nicht in die EU. **Neue Umfragen von Isopublic zeigen, dass drei Viertel der Schweizerinnen und Schweizer gegen einen EU-Beitritt sind.**²³

²⁰ Rudolf Strahm: Die Europa-Debatte verschieben, in: „Tages-Anzeiger“, 17.8.2010.

²¹ Europa im Sommer, in: Die Zeit, 29.7.2010.

²² Eu reagiert negativ auf die Beitrittsvariante „light“, in: „Sonntag/MLZ“, 18.7.2010.

²³ EU-Beitritt beim Volk weiterhin chancenlos, in: „Tages-Anzeiger“, 21.7.2010.

Ausländische Beobachter begreifen das fast noch besser als inländische. Der Kommentator der „**Frankfurter Allgemeinen Zeitung**“ schrieb vor einem Monat: **„Wer in der kleinen Schweiz auf gut einstündiger Fahrt von Zürich nach Chur durch vier Kantone kommt“** – es sind sogar fünf, der Korrespondent hat unseren Föderalismus unterschätzt! –, **„für den ist Brüssel weit weg. Wer in Volksabstimmungen selbst über Bauplanungen in der Gemeinde und Schulpflegler entscheidet, kann mit den oft undurchsichtigen Entscheidungsprozessen in der Europäischen Union wenig anfangen. Wer auf die Freiheit des Individuums setzt, dem sind die Normierungsbestrebungen in der Europäischen Kommission und der Hang zur Gleichmacherei in manchen EU-Staaten ein Greuel.“**²⁴

In der EU weiss man natürlich längst, warum es die Schweizer nicht in die EU drängt. Es gibt dazu weder ein überzeugendes politisches noch wirtschaftliches Motiv.

Die ursprüngliche Sechsergemeinschaft entstand nicht zuletzt als **Friedensgemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg** – die Schweiz hatte sich dank ihrer Neutralität und ihrer Wehrbereitschaft aus diesem blutigen Völkerringen fernhalten können.

Später hoffte **Grossbritannien**, durch den Beitritt einen Teil seiner untergegangenen Weltmachtrolle zu retten – der Schweiz fehlte als Kleinstaat jeder Grossmacht-Ehrgeiz.

Irland und **einige Staaten Südeuropas** strebten zur **Wohlstandsmehrung** in die Gemeinschaft – die Schweiz übertraf an Wohlstand selbst das wirtschaftlich stärkste EU-Mitglied.

Für die **Staaten Osteuropas** ging die Mitgliedschaft mit dem **Abschütteln der kommunistischen Vergangenheit** einher – solche Antriebskräfte fehlten in der demokratisch-marktwirtschaftlichen Schweiz. Die Schweiz wäre in der Europäischen Union angesichts aufernder Staatsschulden mehr denn je **Nettozahler**.

Und so stimmt wohl das Fazit des genannten Kommentars in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: **„Die Schweizer sind zwar überzeugte Europäer; in der EU wären sie jedoch in erster Linie unwillige Mitglieder.“**²⁵

²⁴ Wie weiter auf dem Schweizer Sonderweg?, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 30.7.2010.

²⁵ Wie weiter auf dem Schweizer Sonderweg, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 30.7.2010.

VII. Längst schon ist es da gewesen

Die EU verlangt von der Schweiz, dass diese in der Zukunft – **ob als EU-als EWR-Mitglied oder als bilateraler Vertragspartner** – mit neuen "institutionellen" Einrichtungen unbesehen das EU-Recht übernimmt. Wie dies geschehen soll, soll nun diese neue Arbeitsgruppe aus schweizerischen und europäischen Beamten entscheiden.

Sollte also unsere Regierung auf diese Forderungen der EU eintreten, hiesse das: **Die Schweiz muss künftiges, heute noch nicht bekanntes EU-Recht übernehmen.**

Dies war schon 1992 beim EWR vorgesehen, dies wäre im heutigen EWR und erst recht beim EU-Beitritt der Fall. Weil die Schweizer beides nicht wollen, will die EU dies durch bilaterale Verträge erreichen. Hier, meine Damen und Herren, ist *Aufmerksamkeit und Widerstand* angezeigt.

Die zwangsweise Übernahme von noch unbekanntem Recht entspricht einem Kolonialvertrags-Verhältnis. Die Schweiz würde zur Kolonie der EU. So wie früher Indien von Grossbritannien oder der Kongo von Belgien. Zu Recht hält denn auch der Staatsrechtler Daniel Thürer fest, der EWR schaffe zugunsten der EU „eine legalisierte Hegemonie“.²⁶

Darum machte der Bundesrat vor der EWR-Abstimmung klar, dass der EWR mangels Mitentscheidung und Veto-Recht keine Dauerlösung sein könne und später zwangsläufig in die EU führen müsse.

VIII. Der berühmte Druck von aussen

Selbstverständlich gibt es Druck von aussen, wie es auf den Kleinstaat Schweiz seit 700 Jahren Druck gibt. Schon der junge, sich modern gebärdende, aber unerfahrene Höfling Rudenz wollte schon vor mehr als 700 Jahren gemäss Schillers "Wilhelm Tell" den alten erfahrenen Freiherr von Attinghausen belehren, dem Druck von aussen nachzugeben:

²⁶ „Neue Zürcher Zeitung“, 27.11.1992.

„Vergebens widerstehen wir dem König, die Welt gehört ihm, wollen wir allein uns eigensinnig steifen und verstocken, die Länderkette ihm zu unterbrechen, die er gewaltig rings um uns gezogen?“ (Das könnte ja heute von vielen EU-freundlichen Professoren geschrieben sein – ich meine wegen des Inhaltes, nicht wegen der Schönheit dieser Blankverse). Doch der alte Freiherr gibt nicht nach. Er fordert **Widerstand zur Gewinnung der Freiheit. Nicht Anpassung. Nicht Verzicht auf die Souveränität.**

IX. Souveränitätspreisgabe als "neue Souveränität"

Was heisst eigentlich **Souveränität**? Das Lexikon sagt es deutsch und verständlich: **„Souveränität ist die Verfügungsgewalt eines Staates über sein Hoheitsgebiet, Rechtsgleichheit *mit* andern Staaten und Unabhängigkeit *von* andern Staaten. In Demokratien ist der Träger der Souveränität das Volk.“**

Die Classe politique redet nicht von Aufgabe der Souveränität. Da würde man den Verlust der eigenen Entscheidungsfreiheit ja merken. Sondern davon, wie man sie in der EU **„gemeinsam wahrnehme“**.²⁷

Oder dass man die Souveränität lediglich **„übertrage“**.²⁸

Noch schöner formulieren es die Theoretiker von Avenir Suisse: **Zur „Wahrung der Souveränität“ brauche es „eine vorausschauende Europapolitik“**. Es sei **„ein Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum zu prüfen und längerfristig auch eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union“**.²⁹ So wird die zwangsweise Übernahme fremden Rechts plötzlich als Wahrung, ja Stärkung der Souveränität ausgelegt.

Passen wir auf! Wo Wörter ihre Bedeutung verlieren, verlieren Völker ihre Freiheit!

Seltsame Töne hörten wir am 1. August auch von hohen linken und halblinken Rednern. Bundesrat **Moritz Leuenberger** hat schon letztes Jahr am SP-Parteitag verkündet: **„Wir müssen der EU beitreten.“**³⁰ Dieses Jahr sagte er an der 1. August-Feier in Uster der bilaterale Weg nähere sich dem Ende und **„wir tun gut daran, nicht, wie beim**

²⁷ „Integration heisst im Verständnis der EU vielmehr: ‚Souveränität gemeinsam wahrnehmen‘.“ Franz Fischler, Mitglied der EU-Kommission, Tirotag Alpbach, 19.8.2001.

²⁸ „Die EU ist einzigartig. Die Mitgliedstaaten haben gemeinsame Organe eingerichtet, denen sie Teile ihrer einzelstaatlichen Souveränität übertragen haben (...).“ Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments a.D., <http://cdu-europa.de/meine-arbeit-in-europa/die-eu/was-ist-die-eu/>

²⁹ Avenir Suisse für Prüfung eines EWR- oder EU-Beitritts, in: „Neue Zürcher Zeitung“, 16.7.2010.

³⁰ Bundesrat traktandiert EU-Beitritt, in: „Sonntag/MLZ“, 18.10.2009.

Bankgeheimnis, möglichst lange die Augen zu schliessen und an einen Mythos zu glauben, der ewig aufrechtzuerhalten wäre.“³¹ Die Souveränität, zu der die Bundesverfassung verpflichtet und auf die Bundesrat Leuenberger mehrmals geschworen hat, ist für ihn lediglich ein Mythos. Ein seltsames Amtsverständnis.

Alt Bundesrat Pascal Couchepin antwortete am letzten Sonntag auf die Frage, was die Entwicklung der EU für die Schweiz bedeute: „**Dass wir uns anpassen müssen.**“ Und weiter: „Selbst wenn die SVP fünf Bundesräte hätte – und vorausgesetzt, diese fünf wären durchschnittlich intelligent –, **würden auch sie den Weg der Anpassung wählen**“³² Es sind jetzt siebzig Jahre her, seit ein anderer Bundesrat auch von „Anpassung“ gesprochen hat.

Und dann begründete Couchepin die Notwendigkeit des EU-Beitritts damit, dass der Franken gegenüber dem Euro immer weiter steige. Nach Couchepins Logik müssten wir uns angesichts des starken Frankens gegenüber dem Dollar – der in den sechziger Jahren noch fünf Franken und heute nur noch einen Franken wert ist – unverzüglich als 51. Staat den USA und der Dollar-Zone beitreten! Und weil der Franken vor Jahren auch gegenüber dem Rubel immer stärker wurde, hätte die Schweiz nach Couchepins Logik wohl der Sowjetunion beitreten müssen! **Weil alt Bundesrat Couchepin diese Logik als "durchschnittlich intelligent " bezeichnet, ist nur zu hoffen, dass die SVP-Bundesräte nie auf dieses "durchschnittliche Niveau" absinken!**

Die ebenfalls freisinnige **alt Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz** lud sich als Präsidentin jener Gesellschaft, die das Rütli verwaltet, gleich selber als Augustrednerin aufs Rütli ein.

Für sie sind „**das Bankgeheimnis, der Glaube an die Souveränität gegenüber der EU oder der so genannte freie Markt**“ nichts als **falsche Mythen.**³³ Neben Bundesrat Leuenberger erklärt auch diese ehemalige Vertreterin des Bundesrates die Souveränität flugs zum Mythos. Dazu als Freisinnige gerade auch noch den freien Markt und das Bankgeheimnis. **Was hätten wohl die freisinnigen Begründer unseres Bundesstaates zu solchen Worten auf dem Rütli gesagt?**

³¹ Moritz Leuenberger: Mythen, Symbole und Clichés, 1. August-Ansprache in Uster, 1.8.2010.

³² Couchepins Warnung, in: „NZZ am Sonntag“, 29.8.2010.

³³ „NZZ online“, 1.8.2010.

Und was, wenn sie in ihrer „**Neuen Zürcher Zeitung**“ vom **20. August 2010 zur EU den folgenden Satz gelesen hätten**: „Doch irgendwann werden wir vor die Frage gestellt sein: Beitritt oder **verharren in einer Schein-Unabhängigkeit?**“³⁴

Dass die Schweiz ihre Unabhängigkeit noch bewahren konnte, ist dem Volksentscheid, d.h. der direkten Demokratie, zu verdanken, und nicht der Weisheit der Politiker, der Beamten, der Wirtschaftsvertreter, der Professoren oder der Medien. Im Gegenteil, ginge es nach ihnen, wären wir längst in der EU. **Nein, die besondere Stellung der Schweiz verdanken wir allein der besonderen Staatsform der Schweiz. Einer Verfassung, die dank der direkten Demokratie den Bürgern die letzte Entscheidungsmacht überlässt.** Es war das **Volk**, das in der wichtigsten Volksabstimmung des letzten Jahrhunderts, am 6. Dezember 1992, mit dem Nein zum EWR den Eintritt in den Vorhof der EU und damit zur EU versperrte. **Wir verdanken die bessere Situation also einzig dem Sonderfall Schweiz mit der weltweit einzigartigen direkten Demokratie.** Bei einem EU-Beitritt soll gerade diese direkte Demokratie geopfert werden.

Nun versucht man zu beschwichtigen: So erklärte unlängst der **Berner Europarechtler Thomas Cottier**.³⁵, ein EU-Beitritt werde die direkte Demokratie nicht stark beeinträchtigen. Cottier hat für die „Sonntagszeitung“ alle Volksabstimmungen, die in der Schweiz seit 1992 auf Bundesebene abgehalten wurden, daraufhin untersucht, ob sie mit einer EWR-Mitgliedschaft kollidiert hätten. Er kommt zum Schluss, dass bloss bei wenigen Vorlagen ein Problem aufgetreten wäre. Sollen wir jetzt also freudig dem EWR und dann der EU beitreten? Vorsicht! Vielleicht sind gerade diese wenigen Vorlagen die entscheidenden und folgenschweren für unser Land.

Vor allem aber gilt: Entscheidend in der direkten Demokratie sind oft nicht jene Abstimmungen, die durchgeführt wurden. Sondern die unzähligen Gesetze, welche die Politiker dem Volk erst gar nicht vorlegen, weil sie wissen, dass sie ohnehin durchfallen würden. Dank der Möglichkeit des Referendums wurden hierzulande entschieden weniger dumme Gesetze erlassen als im EU-Raum. Mit dem EWR- oder EU-Beitritt würden unsere Politiker dasselbe Spiel treiben, wie ihre Kollegen in der EU: Wenn man im Inland keine Mehrheit für ein Anliegen findet, deponiert man es in Brüssel, wo es dann auf Geheiss der EU

³⁴ Integration ist unaufhaltsam, in: „Neue Zürcher Zeitung“, 20.8.2010.

³⁵ Thomas Cottier: Auswirkungen der Mitgliedschaft der Schweiz im EWR-Vertrag bzw. in der Europäischen Union auf durchgeführte Volksabstimmungen im Zeitraum 1992-2010, Institut für Europa- und Wirtschaftsrecht der Universität Bern, 14. August 2010.

umgesetzt werden muss.³⁶ **Man beachte: EU-Recht bricht Landesrecht. Daran gibt es nichts zu rütteln.**

Selbstverständlich ist an eine Fortsetzung unserer bewährten **Neutralität** bei einem EU-Beitritt nicht zu denken. Die EU strebt erklärermassen eine gemeinsame Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, also eine Militärunion, an. **Diese schliesst die Neutralität eines Mitglieds absolut aus.** Dabei gehört die Neutralität zu den wichtigsten und beim Volk beliebtesten Staatssäulen der Eidgenossenschaft.

Im aktuellen Entwurf des neuen SP-Parteiprogramms kommt die Neutralität gar nicht mehr vor! Selbstverständlich möchten die Politiker mitspielen im Konzert der Grossen. Darum muss das Volk ihnen diese Grenzen setzen, denn das Volk weiss, dass es die Suppe auslöffeln muss, die ihm die geltungssüchtige Einmischung und die Diplomatie des Zeigefingers des Aussendepartements einbrockt.

X. Amtseid der Bundesräte

Wenn unsere **Unabhängigkeit** nun als Schein-Unabhängigkeit und als Mythos bezeichnet wird, sei immerhin daran erinnert, welchen Amtseid die Bundesräte, die Bundeskanzlerin und die Bundesparlamentarier abgelegt haben:

„Ich schwöre vor Gott dem Allmächtigen, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten meines Amtes gewissenhaft zu erfüllen.“

Sie verpflichten sich also eidlich auf Beachtung der Verfassung.

In dieser Verfassung steht bereits in Artikel 2: **„Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.“**

Der Bundesrat wie die Bundesversammlung treffen nach Artikel 173 und 185 „Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz“.

Amtshandlungen Richtung EWR- und EU-Beitritt kommen einem Verfassungsbruch und damit einem Bruch des Amtseides oder Amtgelübdes gleich.

³⁶ Der Kolonialvertrag, in: „Die Weltwoche“, 19.8.2010.

XI. Das Ziel ist das Ziel

In der Aussenpolitik wird viel von **Strategie** gesprochen. Aber was ist eine Strategie?

"Strategie ist ein genauer Plan des eigenen Vorgehens, der dazu dient, ein Ziel zu erreichen, in dem man diejenigen Faktoren, die in die eigene Aktion hineinspielen könnten, von vornherein einzukalkulieren versucht."³⁷

So steht es ganz einfach im Duden.

Keine Strategie ohne klares Ziel!

Wohin will man? Was will man erreichen? Die Strategie ist der Plan, um **dieses** Ziel zu erreichen. Was aber ist das Ziel in der EU-Politik des Bundesrates?

Neuerdings heisst es, "die Schweiz im europäischen Raum zu verankern".³⁸

Aber was heisst das? Oder will man nicht darüber reden, besonders im Wahljahr nicht.

Wenn man nach der Zukunft fragt, kommt die Antwort: der **bilaterale Weg**.

CVP und FDP, die beide den EU-Beitritt in ihrem Programm haben und den EWR befürworteten, werden im Wahljahr davon abrücken und stattdessen den **bilateralen Weg beschwören**, ja sich gar als Bilateralisten bezeichnen.

Nur: der bilaterale Weg ist kein Ziel sondern eben nur ein Weg.

Aber was ist das Ziel dieses Weges?

Nun kennen sicher alle den Satz "Der Weg ist das Ziel". Wir lieben diesen Satz. Er ist eine typische Erscheinung der Freizeit- und Vergnügungsgesellschaft. Darum wird einem dabei ganz wohlige zumute. Wer immer diesen Gedanken einbringt, erntet zustimmendes Gemurmel. Weil das Erreichen eines bestimmten Ziels mühsam ist und verpflichtet, erklärt man den Weg zum Ziel.

³⁷ Duden. Das Fremdwörterbuch, 1990, S. 745.

³⁸ Bundespräsidentin Doris Leuthard an der Medienkonferenz des Bundesrates, 19.8.2010.

Darum lassen gerade Politiker und unfähige Manager den Weg als Ziel erklären. Denn wer kein Ziel hat, der muss es auch nicht erreichen.

Meine Damen und Herren, „**Der Weg ist das Ziel**“ ist genau besehen **einer der dümmsten Sätze**. Er mag vielleicht für den Sonntags-spaziergang mit der Familie richtig sein. Aber auch dort nur bedingt, allenfalls für die Eltern, denn die Kinder wissen meist genau, wohin sie wollen – ihr Ziel ist das nächste Ausflugsrestaurant.

XII. Ziel der schweizerischen Aussenpolitik

Meine Damen und Herren, was ist denn das Ziel der schweizerischen Aussenpolitik?

Einst erklärte der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit, das **strategische Ziel der schweizerischen Aussenpolitik sei der EU-Beitritt. Das war wenigstens klar, wenn auch abzulehnen.**

Was ist von den **Erklärungen** des Bundesrates, der **CVP** und der **FDP** zu halten, wenn sie erklären, der EU-Beitritt komme nicht in Frage? Der bilaterale Weg sei der Richtige? Aber wohin soll er führen?

Meine Damen und Herren, das Ziel ist einfach zu finden. Es steht ganz vorn **in der Bundesverfassung**. Im Artikel 2. **Und dort steht klar** die Wahrung der Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes. Daran gibt es nichts zu rütteln!

Die Verfassung fährt unerbittlich fort in Art. 173 und 185: Der **Bundesrat** und die **Bundesversammlung** treffen "**Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz**".

Was heisst das auf das Jahr 2010 bezogen? Es heisst:

Das Ziel der schweizerischen Aussenpolitik ist die Wahrung der Sicherheit, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz. Darum darf und kann die Schweiz weder dem EWR, noch der EU, noch der NATO beitreten. Auch bilaterale Verträge sind vollumfänglich dieser Zielsetzung unterzuordnen. Sie dürfen keinerlei institutionelle Bindungen eingehen. Der Rückzug des schweizerischen EU-Beitritts-gesuch ist die zwingende Logik. Dieser Rückzug wäre ein erster Tatbeweis.

Doch nach allen Beobachtungen ist festzuhalten: Die Mehrheit des Bundesrates und den Grossteil der Verwaltung drängt es in die EU, die VBS-Offiziere in die NATO und die meisten Politiker wollen zumindest in den EWR oder die EU. Darum würden sie die verfassungsmässige Zielsetzung nie unterschreiben. Doch ihr wahres Ziel getrauen sie sich nicht vor der Öffentlichkeit zuzugeben. Darum ist bei allen aussenpolitischen Massnahmen höchstes Misstrauen am Platz.

XIII. Der Weg der Schweiz

Worum geht es überhaupt bei all diesen Projekten und Visionen, die gegenwärtig durch die Köpfe und die Medien geistern? Schauen wir uns die einzelnen Begriffe einmal an:

EU-Beitritt light

Einige reden von einem EU-Beitritt light, der den Schweizern wie ein Joghurt light etwas weniger schwer auf dem Magen liegen soll. Das „light“ bestehe darin, dass wir der EU als Vollmitglied beitreten, aber den Franken behalten, statt den Euro zu übernehmen. Das sind die Träumereien – etwa im SP-Parteiprogramm –, denn die EU würde einem Neumitglied niemals die Beibehaltung der bisherigen Landeswährung erlauben, wenn es wie die Schweiz die EU-Kriterien zur Bewertung der wirtschaftlichen Stabilität (Konvergenzkriterien) erfüllt.

Aber auch im EU-light müsste die Schweiz **3,5 Milliarden Franken** jährlich an die EU abliefern, **verlöre den Grossteil der Souveränität**, müsste die **direkte Demokratie** wesentlich eingeschränkt werden. Auch unser **Steuersystem** wäre anzupassen. **EU-Recht bricht Landesrecht – auch beim EU-"light"-Beitritt.**

EWR-Beitritt

Was 1992 vom Schweizer Volk verworfen wurde, ist nicht besser geworden. Im Gegenteil: **Der EWR bleibt ein Kolonialvertrag, bei dem wir fortlaufend neu geschaffenes EU-Recht ohne Mitbestimmung übernehmen müssten. Und EU-Recht bricht Landesrecht. Der EWR macht keinen Sinn, wenn man nicht später der EU beitreten will.** Wir müssten wie heute Norwegen, Island und Liechtenstein fast 80 Prozent der EU-Binnenmarktregelungen akzeptieren. Der Finanzplatz müsste sich den EU-Regeln anpassen und erlitt schweren Schaden.

EWR light

Irgendwo in einer Berner Verwaltungsstube ist auch die **Diätversion „EWR light“** ausgeheckt worden. Die Schweiz würde zwar nicht dem EWR beitreten, sich aber dem Efta-Gerichtshof unterwerfen und zweifellos verpflichtet, EU-Recht automatisch zu übernehmen. Es darf bezweifelt werden, ob die EU oder die andern EWR-Staaten einen solchen „EWR light“ zuliessen. Aber auch hier wäre EU-Recht zu übernehmen unter Ausschaltung des schweizerischen Souveräns.

Rahmenabkommen

Besonders im **Aussendepartement** von Frau Calmy-Rey und bei manchen Kantonen schwärmt man von einem „**Rahmenabkommen mit der EU**“. Dabei geht es um nichts anderes als um die **Übernahme von EU-Recht**. In einer Volksabstimmung müsste dieser schleichende Weg in die EU unbedingt bekämpft werden, denn es ist ein EU-Beitritt durch die Hintertüre.

Der bilaterale Weg

Das Wort „bilateral“ führt heutzutage jeder gerne im Munde. Es tönt so schön und gewichtig. **Es gibt sogar Politiker und Wirtschaftsfunktionäre, die nennen sich selber „Bilateralisten“**. Bilateral heisst schlicht und einfach zweiseitig. Seit 700 Jahren schliesst die Schweiz bilaterale Verträge, um die Interessen zu wahren und die anstehenden Probleme zu lösen. Auf diesem Weg gibt man immerhin am wenigsten Souveränität preis, sofern nicht gerade deren Abschaffung bezweckt wird. Die bilateralen Verträge mit der EU sind vom Volk mehrfach an der Urne bestätigt worden.

XIV. Die Wahlen müssen entscheiden

Ehrgeiz treibt die einen und Kleinmut die andern zum EU-Beitritt. Es ist einerseits das Bestreben, sich nicht ständig vom Volk dreinreden zu lassen, sondern mitzureden am Tisch der Grossen und Mächtigen, zu reisen, sich im Blitzlicht der Medien zu tummeln und eine Rolle zu spielen. Es ist andererseits der Kleinmut. Man will aufgeben, die Kraft und Energie nicht mehr aufbringen, nicht mehr für die Interessen von Land und Volk kämpfen, keine Schwierigkeiten überwinden müssen, kein Rückgrat zeigen, sondern lieber nachgeben und preisgeben. **Doch die politischen Eliten wissen, dass sich mit einer EU-Diskussion keine Wähler holen lassen. Zu miserabel zeigt sich gegenwärtig der**

Zustand dieses Grossgebildes. Darum wollen sie eine EU-Debatte tunlichst vermeiden und auf später verschieben. Hinter den Kulissen bereiten sie aber das Terrain für eine EU-Mitgliedschaft vor. **Dieses Doppelspiel von Bundesrat, Parlament, Verwaltung und Parteien muss ein Ende haben.**

Eine unabhängige und souveräne Schweiz bietet die Chance, innovativer und konkurrenzbereiter zu handeln als die zentralistisch organisierte EU. Zumal sich unsere Wachstumsmärkte weniger in der EU, als in andern Teilen dieser Welt entwickeln. Freiheit und Unabhängigkeit sind zwar nicht die Lösung aller Probleme. Aber eine gute Voraussetzung dazu. Ein Beitritt zur EU würde unsere Staatssäulen und damit die Grundlagen unseres Erfolges zerstören. **Wir werden der Bevölkerung immer wieder aufzeigen müssen, was ein EU-Beitritt bedeutet:**

- Das Ende der direkten Demokratie in allen wichtigen Bereichen
- Abtretung der politischen Macht an die Regierungen in Bern und Brüssel
- Verzicht auf eine eigene Aussen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik
- Preisgabe der Neutralität
- Milliardenzahlungen an die EU und an deren marode Mitgliedsländer
- Mehr Arbeitslosigkeit
- Weniger Wohlstand
- Lohneinbussen
- höhere Schuld- und Hypothekarzinsen
- höhere Steuern, Abgaben und Prämien
- Verdoppelung der Mehrwertsteuer auf mindestens 15 Prozent
- Verzicht auf den Schweizer Franken
- Übernahme des schwachen Euro und damit Verlust an Volksvermögen
- Gefährdung des Finanzplatzes Schweiz
- Unterstellung unserer Goldreserven unter die Europäische Zentralbank
- Aufhebung der Grenzkontrollen
- Anstieg der Kriminalität
- Gefährdung des Bildungsstandards

Was ist zu tun?

- Keinesfalls dürfen weitere Verträge mit der EU abgeschlossen werden, die unsere Handlungsfreiheit einschränken.
- Die Schweiz muss ihr noch immer in Brüssel liegendes EU-Beitritts-gesuch endlich zurückziehen.
- Ein starker Franken ist besser als ein schwacher Franken – für die Erwerb-stätigen, die Sparer, die Rentner, für alle Bürgerinnen und Bürger.
- Jede weitere Staatsverschuldung ist zu vermeiden, denn sie schadet der Wirtschaft und fehlt den Konsumenten für private Investitionen.
- Der Bürger muss gestärkt werden, nicht der Staat. Darum runter mit den Steuern, Gebühren und Abgaben!
- Die Personenfreizügigkeit mit ihrem gewaltigen Zuwanderungsdruck und sofortigem Zugang zu den Sozialwerken ist unhaltbar und muss neu verhandelt werden.
- Der Schengen-Vertrag muss gekündigt werden, denn er schränkt unsere Unabhängigkeit – wie sich etwa bei der Libyen-Affäre gezeigt hat – unzumutbar ein und schafft weniger Sicherheit.
- Dem Druck auf die Schweiz mit Zahlungsforderungen und dem Ruf nach Steuerharmonisierung wegen leerer EU-Kassen ist zu widerstehen.

Für diese Ziele wird die SVP auch in Zukunft kämpfen. Sie hat in der EU-Frage eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich und muss diese jetzt nur an die Wahlurne bewegen. Bei den Zürcher Kantonsratswahlen im Frühling wie den National- und Ständeratswahlen im Herbst!

Wenn die SVP gewinnt und die EU-Beitrittsparteien verlieren, werden diese über die Bücher gehen und ihren verhängnisvollen Kurs ändern. Vor allem gilt es vorerst, in der Regierung Ordnung zu schaffen. Die SVP braucht einen zweiten Vertreter im Bundesrat. **Damit endlich jener grosse Bevölkerungsteil gemäss seiner Stärke vertreten ist, der nicht in die EU will.**